

Dipl.-Volkswirt Holger Breiholz

Ergebnisse des Mikrozensus 2001

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2001 hat sich das Erwerbsverhalten der jüngeren Menschen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost weiter angeglichen. So ist die Erwerbsquote der 15- bis unter 20-jährigen Männer im Osten Deutschlands von 59,6% im April 1991 auf 38,5% im April 2001 gefallen und damit näher an die entsprechende Quote im Westen (33,8%) gerückt. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch bei den Frauen in dieser Altersgruppe.

Im April 2001 waren in Deutschland 36,8 Mill. Personen erwerbstätig. Gegenüber April 1991 ist die Zahl der Erwerbstätigen um rund 630 000 gesunken. Von diesem Rückgang waren einzig die erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland nicht betroffen: Ihre Zahl stieg in der letzten Dekade um 1,3 Mill. bzw. 10,5%.

Seit 1991 ist der Anteil der Erwerbstätigen mit Wochenend-, Schicht-, Abend- und/oder Nachtarbeit um rund 11 Prozentpunkte auf 53% gestiegen. Insbesondere Samstagsarbeit ist weit verbreitet: Beinahe jede(r) vierte Erwerbstätige gab an, in der Zeit von Februar bis April 2001 ständig oder regelmäßig am Samstag gearbeitet zu haben.

Erwerbslose in Ost und West weisen große Unterschiede hinsichtlich ihres beruflichen Bildungsstandes auf: Während im früheren Bundesgebiet rund 36% der Erwerbslosen im April 2001 keinen Berufsabschluss besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 12%.

Vorbemerkung

Der Mikrozensus – die EU-weit größte Haushaltsbefragung – ist ein wesentlicher Baustein im System der amtlichen Sta-

tistik. Als Mehrzweckstichprobe stellt er seit 1957 statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, den Arbeitsmarkt sowie die berufliche Gliederung und Ausbildung der Erwerbsbevölkerung zur Verfügung. Mit der Einführung des Mikrozensus in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Jahr 1991 wurde eine wichtige gemeinsame Datenbasis für einen Vergleich der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstrukturen in allen 16 Bundesländern geschaffen.

Vergleichbare Daten für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) liefert die Arbeitskräfteerhebung, die seit ihrer Einführung im Jahr 1968 als Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert ist. Bei der Erfüllung der vielfältigen europäischen Informationsanforderungen zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt spielt die EU-Arbeitskräfteerhebung, die zuletzt 1992 und 1998 erheblich ausgeweitet wurde, eine herausragende Rolle. In dem gemeinsamen Fragebogen von Mikrozensus und EU-Arbeitskräfteerhebung des Jahres 2001 waren bereits 116 von insgesamt 152 Fragen – also drei Viertel – durch europäische Vorgaben bestimmt.

Seit 1998 werden neben dem Standardprogramm der Arbeitskräfteerhebung jährlich zusätzlich so genannte Ad-hoc-Module zu wechselnden Themenstellungen erhoben. Im Hinblick auf die bereits erreichte Belastungsgrenze der im Mikrozensus zu befragenden Haushalte wird in Deutschland in jedem Jahr von neuem geprüft, ob und in welchem Umfang eine Beteiligung an dem jeweils anstehenden Ad-hoc-Modul erfolgen soll. Mit der Verordnung zur Aussetzung einzelner Merkmale des Mikrozensusgesetzes vom 3. April

2000¹⁾ ordnete der Gesetzgeber an, ab 2001 einige als weniger prioritär eingestufte Mikrozensusmerkmale auszusetzen bzw. seltener zu erheben, um eine stärkere Beteiligung Deutschlands an den Ad-hoc-Modulen der EU-Arbeitskräfteerhebung zu ermöglichen. Aufgrund dieser gesetzlichen Regelung wurden die Merkmale „Zweig der gesetzlichen Rentenversicherung“, „Zahlung von Beiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung seit dem 1.1.1924“, „Art des Versicherungsverhältnisses (pflicht- oder freiwillig versichert)“ und „normalerweise/tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit nach Tagen“ im Rahmen des Mikrozensus 2001 nicht erhoben. An ihre Stelle traten fünf Variablen aus dem Ad-hoc-Modul 2001 „Dauer und Struktur der Arbeitszeit“ (Zahl der geleisteten und bezahlten Überstunden, Arbeitszeitkonten und sonstige variable Arbeitszeitregelungen, Ausgleich von Zeitguthaben).

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2001, die nur einen kleinen Ausschnitt aus dem sehr breiten Informationspotenzial des Mikrozensus darstellen können. Dabei wird das Schwergewicht auf den Stand und die Entwicklung des Arbeitsmarktes gelegt. Weitergehende Informationen können den Fachserienheften des Statistischen Bundesamtes und verschiedenen Veröffentlichungen der Statistischen Ämter der Länder entnommen werden.

Alternde Gesellschaft

Im April 2001 lebten in Deutschland 82,3 Mill. Menschen; das waren 2,4 Mill. Personen mehr als im April 1991 (siehe Tabelle 1). Maßgeblichen Anteil an diesem Bevölkerungswachstum hatte das frühere Bundesgebiet: Hier stieg die Bevölkerungszahl im Zeitraum April 1991 bis April 2001 um

3,3 Mill. auf 67,2 Mill.; in den neuen Ländern und Berlin-Ost erfolgte im gleichen Zeitraum ein Rückgang der Bevölkerung um rund 860 000 auf 15,1 Mill. Personen.

Die demographische Alterung der Bevölkerung in Deutschland setzte sich in der letzten Dekade fort: Im April 2001 gab es in Deutschland 14,5 Mill. Menschen, die älter als 64 Jahre waren. Diese Bevölkerungsgruppe ist seit April 1991 um 2,4 Mill. Personen bzw. rund 20% angewachsen. Damit betrug der Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im April 2001 fast 18% (1991: 15%). Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung um einen Prozentpunkt auf knapp 21% gefallen. Für die Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung dürften insbesondere die höhere Lebenserwartung älterer Menschen und das vermehrte Nachrücken der geburten-schwachen Jahrgänge verantwortlich sein.

Die Bevölkerungsgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen – jene, die in der Regel aktiv im Erwerbsleben stehen – ist im früheren Bundesgebiet seit April 1991 um fast 670 000 Personen auf 41,3 Mill. angewachsen. Ein ganz anderes Bild zeigt sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost: Hier lebten im April 2001 9,4 Mill. Bundesbürger im Alter von 20 bis 64 Jahren, 370 000 weniger als 10 Jahre zuvor. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte die durch die deutsche Vereinigung in Gang gesetzte Abwanderung vieler „wirtschaftlich Aktiver“ von Ost nach West sein.

Nach wie vor Unterschiede im Erwerbsverhalten der Frauen in Ost und West

Das dem Mikrozensus zugrunde liegende Erwerbskonzept bildet den Rahmen für die Betrachtung der Bevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben. Danach setzen sich die Erwerbspersonen, die das Arbeitskräfteangebot einer Volkswirtschaft zum Ausdruck bringen, aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen. Im April 2001 gab es in Deutschland 40,6 Mill. Erwerbspersonen, gut 460 000 mehr als im Frühjahr 1991 (siehe Tabelle 2). Dieser Anstieg basiert auf einem deutlichen Rückgang im Osten um knapp 730 000 (-8,3%) auf 8,0 Mill. Erwerbspersonen und einem Zuwachs im Westen um knapp 1,2 Mill. (+3,8%) auf 32,5 Mill. Erwerbspersonen.

Die Zahl der Erwerbspersonen wird einerseits von der oben beschriebenen Bevölkerungsentwicklung, andererseits vom Erwerbsverhalten bzw. der Bereitschaft der Bevölkerung zur Erwerbstätigkeit beeinflusst. Da die Verhaltenskomponente entscheidend von demografischen Merkmalen abhängt, sind alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten, definiert als Anteil der Erwerbspersonen an allen Personen bestimmten Alters und Geschlechts, als Maß für das Erwerbsverhalten der Bevölkerung besonders gut geeignet. Schaubild 1 zeigt die Erwerbsquoten von Männern und Frauen in Abhängigkeit vom Alter anhand eines Kurvenverlaufs, der den Zeit-

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen
Ergebnisse des Mikrozensus

Alter von ... bis unter ... Jahren	April 2001	April 1991	Veränderung April 2001 gegenüber April 1991	
	1 000		%	
Deutschland				
unter 15	12 451	12 984	- 533	- 4,1
15 - 20	4 585	4 311	+ 274	+ 6,4
20 - 65	50 726	50 432	+ 294	+ 0,6
65 und mehr	14 515	12 102	+ 2 413	+ 19,9
Insgesamt ...	82 277	79 829	+ 2 448	+ 3,1
Früheres Bundesgebiet				
unter 15	10 583	9 833	+ 750	+ 7,6
15 - 20	3 541	3 421	+ 120	+ 3,5
20 - 65	41 315	40 649	+ 666	+ 1,6
65 und mehr	11 756	9 986	+ 1 770	+ 17,7
Zusammen ...	67 194	63 889	+ 3 305	+ 5,2
Neue Länder und Berlin-Ost				
unter 15	1 868	3 152	- 1 284	- 40,7
15 - 20	1 044	891	+ 153	+ 17,2
20 - 65	9 412	9 782	- 370	- 3,8
65 und mehr	2 759	2 116	+ 643	+ 30,4
Zusammen ...	15 083	15 941	- 858	- 5,4

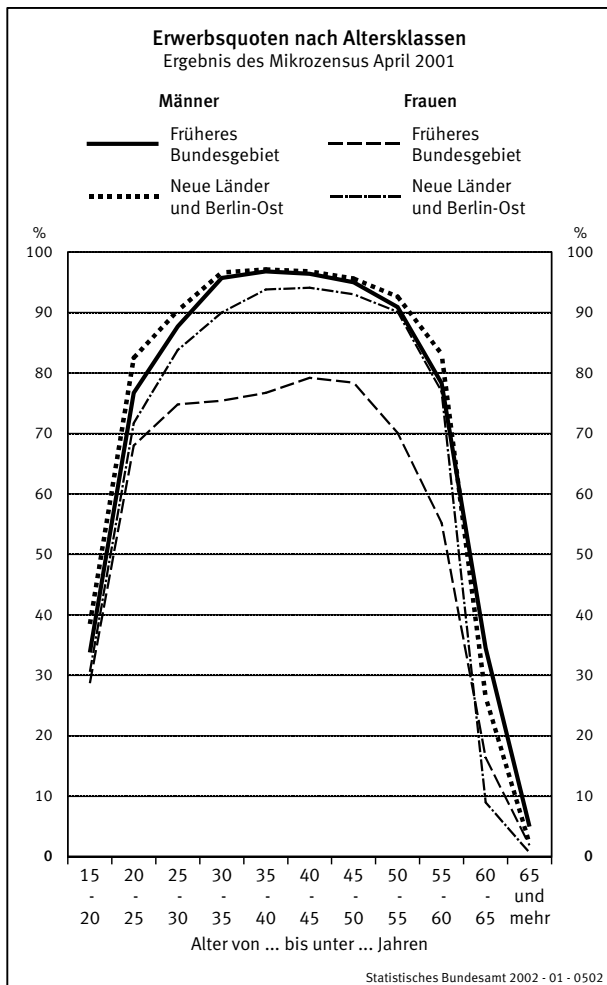
1) BGBl. I S. 442.

Tabelle 2: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	April 2001			April 1991			Veränderung April 2001 gegenüber April 1991					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1 000						%	1 000	%	1 000	%	
Deutschland												
Bevölkerung	82 277	40 162	42 116	79 829	38 548	41 281	+ 2 448	+ 3,1	+ 1 614	+ 4,2	+ 835	+ 2,0
Erwerbspersonen	40 550	22 683	17 866	40 087	23 125	16 962	+ 463	+ 1,2	- 442	- 1,9	+ 904	+ 5,3
Erwerbstätige	36 816	20 629	16 187	37 445	21 875	15 570	- 629	- 1,7	- 1 246	- 5,7	+ 617	+ 4,0
Erwerbslose	3 734	2 054	1 680	2 642	1 250	1 392	+ 1 092	+ 41,3	+ 804	+ 64,3	+ 288	+ 20,7
Nichterwerbspersonen ...	41 728	17 478	24 250	39 742	15 423	24 319	+ 1 986	+ 5,0	+ 2 055	+ 13,3	- 69	- 0,3
Früheres Bundesgebiet												
Bevölkerung	67 194	32 783	34 411	63 889	30 947	32 942	+ 3 305	+ 5,2	+ 1 836	+ 5,9	+ 1 469	+ 4,5
Erwerbspersonen	32 549	18 388	14 161	31 360	18 571	12 789	+ 1 189	+ 3,8	- 183	- 1,0	+ 1 372	+ 10,7
Erwerbstätige	30 307	17 081	13 226	29 684	17 719	11 965	+ 623	+ 2,1	- 638	- 3,6	+ 1 261	+ 10,5
Erwerbslose	2 241	1 307	934	1 676	852	824	+ 565	+ 33,7	+ 455	+ 53,4	+ 110	+ 13,3
Nichterwerbspersonen .	34 645	14 395	20 250	32 528	12 376	20 152	+ 2 117	+ 6,5	+ 2 019	+ 16,3	+ 98	+ 0,5
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bevölkerung	15 083	7 378	7 705	15 941	7 601	8 340	- 858	- 5,3	- 223	- 2,9	- 635	- 7,6
Erwerbspersonen	8 001	4 295	3 706	8 727	4 555	4 173	- 726	- 8,3	- 260	- 5,7	- 467	- 11,2
Erwerbstätige	6 508	3 548	2 960	7 761	4 156	3 605	- 1 253	- 16,1	- 608	- 14,6	- 645	- 17,9
Erwerbslose	1 493	747	746	966	399	568	+ 527	+ 54,6	+ 348	+ 87,2	+ 178	+ 31,3
Nichterwerbspersonen .	7 082	3 083	3 999	7 213	3 046	4 167	- 131	- 1,8	+ 37	+ 1,2	- 168	- 4,0

raum vom Eintritt in die Erwerbsbeteiligung bis zum altersbedingten Ausscheiden aus dem Erwerbsleben umfasst.

Schaubild 1



Die Erwerbsquotenkurve der Männer im früheren Bundesgebiet weist einen glockenförmigen Verlauf auf: Bis in die Altersklasse der 35- bis unter 40-Jährigen steigt die Erwerbsquote stark an, bleibt dann bis in die Altersgruppe der 50- bis unter 55-Jährigen auf hohem Niveau und fällt anschließend steil ab. Die Erwerbsquotenkurve der westdeutschen Frauen rückt zwar mehr und mehr von der in der Vergangenheit typischen „m-förmigen“ Gestalt ab, ihre geringe Steigung bei den 25- bis unter 40-jährigen Frauen deutet jedoch darauf hin, dass nach wie vor viele Frauen in diesem Alter wegen Heirat, Kinderbetreuung und anderer familiärer Verpflichtungen nicht aktiv am Erwerbsleben teilnehmen.

In den neuen Bundesländern lag die Erwerbsquote der Männer im April 2001 in den unteren und mittleren Altersklassen etwas höher, im oberen Altersbereich niedriger als im früheren Bundesgebiet. In der Gesamtbetrachtung gleichen sich diese Unterschiede jedoch aus: Mit 79,7% war die Erwerbsquote der Männer im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) im Osten fast genauso hoch wie im Westen Deutschlands (80,1%, siehe Tabelle 3). Bei den 60- bis unter 65-jährigen machen sich in den neuen Bundesländern offenbar die nach der deutschen Vereinigung eingeführten Vorruhestandsregelungen bemerkbar: Hier erreichte die Erwerbsquote mit 26,4% einen deutlich niedrigeren Wert als im früheren Bundesgebiet (34,5%).

Im Gegensatz zu den Männern unterscheiden sich die Frauen in Ost und West hinsichtlich ihrer Erwerbsneigung deutlich. Während in den neuen Ländern und Berlin-Ost in der Gruppe der 30- bis unter 35-jährigen Frauen im April 2001 90,0% erwerbstätig oder erwerbslos waren und in der folgenden Altersklasse (35 bis unter 40 Jahre) sogar 93,8% der Frauen zur Erwerbsbevölkerung zählten, lagen die entsprechenden Anteile im früheren Bundesgebiet lediglich bei gut drei Viertel (75,4 bzw. 76,7%). Mit 72,5% war die Erwerbsquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen im Osten um gut neun Prozentpunkte höher als bei den westdeutschen Frauen im erwerbsfähigen Alter (63,2%).

Die geringere Bedeutung der Familienpause bei den Frauen im Osten dürfte u. a. in der wirtschaftlichen Notwendigkeit, einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten zu müssen, und in der noch von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der ehemaligen DDR geprägten Lebensplanung begründet sein. Darüber hinaus ist in den neuen Bundesländern der Anteil der allein erziehenden Frauen höher als im früheren Bundesgebiet. Gerade dieser Personenkreis ist in der Regel darauf angewiesen, den Lebensunterhalt durch eine eigene Erwerbstätigkeit zu bestreiten.

Bei den jüngeren Menschen in Ost und West hat sich das Erwerbsverhalten in den vergangenen Jahren angeglichen (siehe Tabelle 3). So ist die Erwerbsquote bei den 15- bis unter 20-jährigen Männern in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 59,6% im April 1991 (früheres Bundesgebiet: 40,7%) auf 38,5% im April 2001 gefallen und damit näher an die entsprechende Quote in den alten Bundesländern (33,8%) gerückt. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch bei den Frauen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren. Hier beliefen sich die Erwerbsquoten im April 1991 auf 46,3% für die neuen Länder und Berlin-Ost und 34,8% für das frühere Bundesgebiet; im April 2001 lagen die entsprechenden Erwerbsquoten mit 30,6 bzw. 28,7% ebenfalls erheblich dichter beieinander. Eine Annäherung der Erwerbsquoten in Ost und West ist auch in der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen feststellbar. Daraus wird ersichtlich, dass sich die jungen Menschen im Osten und Westen Deutschlands hinsichtlich der Länge ihrer Ausbildungszeiten und dem Zeitpunkt ihres Berufseintritts kaum noch voneinander unterscheiden.

Starke Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit im früheren Bundesgebiet seit 1991

Erwerbsquoten vermitteln zwar Einblicke in das unterschiedliche und sich ändernde allgemeine Erwerbsverhalten der Bevölkerung. Genauere Analysen zur Arbeitsmarktsituation werden jedoch erst möglich, wenn man die Erwerbspersonen nach Erwerbstätigen²⁾ und Erwerbslosen³⁾ – das heißt nach aktiver und passiver Teilnahme am Erwerbsleben – differenziert.

Im April 2001 waren in Deutschland 36,8 Mill. Personen erwerbstätig, davon 30,3 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,5 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost (siehe Tabelle 2). Damit hat sich der seit 1998 stetige Anstieg der Erwerbstätigenzahl in Deutschland fortgesetzt; gegenüber April 1991 ist jedoch ein Rückgang um rund 630 000 erwerbstätige Personen (-1,7%) zu verzeichnen. Dieser Verlust wird geprägt vom starken Beschäftigungsabbau in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der deutschen Vereinigung: Gegenüber April 1991 ging hier die Erwerbstätigenzahl um fast 1,3 Mill. (-16,1%) zurück. Im früheren Bundesgebiet zeigt sich hingegen ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl im gleichen Zeitraum um rund 620 000 (+2,1%). Die geschlechtsspezifische Betrachtung deckt auf, dass einzig die erwerbstätigen Frauen im früheren Bundesgebiet von der ungünstigen Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Deutschland gegenüber April 1991 nicht betroffen waren; ihre Zahl stieg in den letzten zehn Jahren um fast 1,3 Mill. (+10,5%).

Der Mikrozensus 2001 weist fast unverändert gegenüber Mai 2000 etwa 3,7 Mill. Erwerbslose in Deutschland aus, rund 1,1 Mill. bzw. 41,3% mehr als im April 1991, aber bereits 740 000 weniger als 1997. Die Erwerbslosenquote – der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen – betrug im April 2001 9,2% (1991: 6,6%), wobei die Frauen mit einer Quote von 9,4% (1991: 8,2%) etwas stärker von Erwerbslosigkeit betroffen waren als die Männer mit 9,1% (1991: 5,4%). Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die Zahl der Erwerbslosen gegenüber April 1991 um fast 570 000 oder 33,7% auf 2,2 Mill.; damit wurde jedoch der Höchststand seit der deutschen Vereinigung vom April 1997 (2,9 Mill.) deutlich unterschritten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren im Frühjahr 2001 rund 1,5 Mill. Personen erwerbslos, fast 530 000 Personen mehr (+54,6%) als im April 1991, aber 150 000 Personen weniger als im April 1998. Wie unterschiedlich die Erwerbssituation in den beiden Teilgebieten Deutschlands ist, verdeutlicht ein Blick auf die Erwerbslosenquote: Mit 18,7% (1991: 11,1%) wies sie im April 2001 im Osten einen deutlich höheren Wert auf als im Westen Deutschlands, wo 6,9% der Erwerbspersonen aus der Erwerbslosigkeit heraus einen Arbeitsplatz suchten (1991: 5,3%).

Tabelle 3: Erwerbsquoten nach Altersklassen
Ergebnisse des Mikrozensus

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männer		Frauen	
	April 2001	April 1991	April 2001	April 1991
Früheres Bundesgebiet				
15 – 20	33,8	40,7	28,7	34,8
20 – 25	76,7	77,8	68,0	73,4
25 – 30	87,7	86,8	74,8	70,8
30 – 35	95,7	95,7	75,4	66,5
35 – 40	96,8	97,4	76,7	68,8
40 – 45	96,4	97,2	79,2	70,5
45 – 50	95,0	95,9	78,4	67,2
50 – 55	90,9	92,9	70,1	58,6
55 – 60	78,3	81,4	55,2	44,4
60 – 65	34,5	35,0	16,4	12,2
15 – 65	80,1	82,2	63,2	58,4
Neue Länder und Berlin-Ost				
15 – 20	38,5	59,6	30,6	46,3
20 – 25	82,5	88,9	71,7	87,2
25 – 30	90,3	96,2	83,8	96,2
30 – 35	96,6	98,8	90,0	97,3
35 – 40	97,1	99,1	93,8	97,7
40 – 45	96,8	99,2	94,1	96,9
45 – 50	95,6	98,6	93,0	95,7
50 – 55	92,6	95,3	90,1	91,4
55 – 60	83,1	72,8	76,9	37,2
60 – 65	26,4	26,8	9,0	4,8
15 – 65	79,7	86,0	72,5	77,2

2) Als Erwerbstätige gelten nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation alle Personen, die in einer festgelegten Berichtswoche (2001: 23. bis 29. April) in einem Arbeitsverhältnis stehen bzw. als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige arbeiten. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit spielt keine Rolle, d. h. Personen mit einer Nebentätigkeit oder geringfügigen Beschäftigung gelten ebenfalls als Erwerbstätige.

3) Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Während im Mikrozensus die Erwerbslosigkeit unabhängig vom Merkmal der sofortigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt erfasst wird, müssen Erwerbslose nach dem „Labour Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation sofort (d. h. innerhalb von 2 Wochen) für eine neue Tätigkeit verfügbar sein.

Unterschiedliche Bedeutung der Teilzeit im Westen und Osten Deutschlands

Die in Deutschland zu beobachtende Ausweitung des Dienstleistungssektors, die moderne Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Wunsch – insbesondere der Frauen – nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben dazu geführt, dass die Teilzeitbeschäftigung im letzten Jahrzehnt enorm an Bedeutung gewonnen hat.

Im April 2001 stuften rund 6,8 Mill. Menschen in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein⁴⁾. Damit stieg die Teilzeitquote – der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen – gegenüber April 1991 um fast sieben Prozentpunkte auf 20,8% (siehe Tabelle 4). Nach wie vor ist die Teilzeitarbeit eine Domäne der Frauen: Mit einer Teilzeitquote von fast 40% stellten sie im April 2001 etwa 87% aller Teilzeitbeschäftigten. Bei den Männern gewinnt die Teilzeitarbeit jedoch an Bedeutung: Seit April 1991 stieg ihre Teilzeitquote um rund drei Prozentpunkte auf nunmehr 5,2%.

Tabelle 4: Teilzeitquoten¹⁾ der abhängig Erwerbstätigen
Ergebnisse des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	April 2001		April 1991	
	abhängig Erwerbstätige	dar.: Teilzeit	abhängig Erwerbstätige	dar.: Teilzeit
	1 000	%	1 000	%
Deutschland	32 743	20,8	33 887	14,0
Männer	17 910	5,2	19 534	2,1
Frauen	14 834	39,6	14 352	30,2
Früheres Bundesgebiet ..	26 830	22,3	26 479	15,4
Männer	14 766	5,3	15 629	2,3
Frauen	12 064	43,1	10 851	34,3
Neue Länder und				
Berlin-Ost	5 913	13,8	7 407	8,9
Männer	3 143	4,5	3 905	1,2
Frauen	2 770	24,4	3 502	17,5

1) Anteil der abhängig Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen.

Im früheren Bundesgebiet ist die Teilzeitbeschäftigung deutlich stärker verbreitet als in den neuen Ländern. Zwar kletterte die Teilzeitquote im Teilgebiet Ost im Zeitraum April 1991 bis April 2001 um rund fünf Prozentpunkte auf 13,8% an; mit einem Zuwachs von fast sieben Prozentpunkten auf 22,3% im gleichen Zeitraum fiel die Steigerung der Teilzeitquote in Westdeutschland allerdings noch höher aus. Der Strukturwandel zugunsten der Teilzeitarbeit in den letzten zehn Jahren begünstigte vor allem die Frauen: Ihre Teilzeitquote ist im Westen seit 1991 kontinuierlich um fast neun Prozentpunkte auf 43,1% gestiegen. Im Osten (24,4%) legte sie seit 1991 um fast sieben Prozentpunkte zu.

4) Erwerbstätige können sich im Mikrozensus selbst als Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigte einstufen. Darüber hinaus wird nach den normalerweise in der Woche geleisteten Arbeitsstunden gefragt.

Die Mehrheit der Erwerbstätigen leistet Wochenend-, Schicht-, Abend- und/oder Nachtarbeit

Der Mikrozensus liefert Informationen zu den Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen, u. a. zur Wochenend-, Schicht-, Abend- und Nachtarbeit, die für den betroffenen Personenkreis häufig mit gesundheitlichen Belastungen und sozialen Beeinträchtigungen bei der Teilhabe am familialen und öffentlichen Leben verbunden sind.

Im Zuge der fortschreitenden Flexibilisierung der Arbeitszeit wird Wochenend-, Schicht-, Abend- und Nachtarbeit von den Unternehmen zunehmend als Instrument zur Verlängerung der Betriebs- bzw. Geschäftsöffnungszeiten eingesetzt. In der Zeit von Februar bis April 2001 waren bereits 19,4 Mill. Erwerbstätige ständig, regelmäßig oder gelegentlich (d.h. hin und wieder und in unregelmäßigen Zeitabständen) an solche flexiblen Arbeitszeiten gebunden. Seit 1991 ist damit der Anteil der Erwerbstätigen mit Wochenend-, Schicht-, Abend- und/oder Nachtarbeit um fast 11 Prozentpunkte auf rund 53% angestiegen. Großen Anteil an dieser Entwicklung hatten die neuen Länder und Berlin-Ost: Hier gaben im Frühjahr 2001 54% der Erwerbstätigen an, ständig, regelmäßig oder gelegentlich in Schichten, abends, nachts oder am Wochenende gearbeitet zu haben; 1991 betrug dieser Anteil nur 36%. Damit waren im Osten 2001 bereits relativ mehr Erwerbstätige an diese von der klassischen Regelarbeitszeit abweichenden Arbeitszeiten gebunden als im Westen Deutschlands (fast 53%).

Schaubild 2

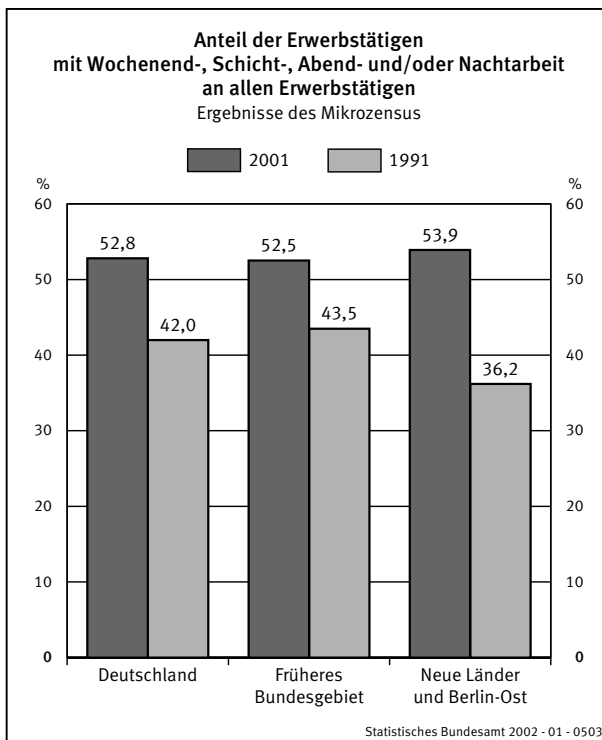


Tabelle 5: Erwerbstätige nach in der Zeit von Februar bis April 2001 geleisteter Wochenend-, Schicht-, Abend- und/oder Nachtarbeit
 Ergebnis des Mikrozensus 2001

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Erwerbstätige insgesamt	36 816	100	20 629	100	16 187	100
dar.: mit Wochenend-, Schicht-, Abend- und/oder Nachtarbeit ¹⁾	19 434	52,8	11 820	57,3	7 614	47,0
darunter mit ständiger/regelmäßiger ²⁾						
Samstagsarbeit	8 468	23,0	4 517	21,9	3 952	24,4
Sonn- und/oder Feiertagsarbeit	4 278	11,6	2 389	11,6	1 889	11,7
Nachtarbeit	2 775	7,5	1 969	9,5	805	5,0
Abendarbeit	7 395	20,1	4 514	21,9	2 881	17,8
Schichtarbeit	4 516	12,3	2 806	13,6	1 708	10,6
darunter mit gelegentlicher						
Frühschicht	3 964	10,8	2 484	12,0	1 480	9,1
Spätschicht	3 830	10,4	2 393	11,6	1 437	8,9
Nachtschicht	1 998	5,4	1 455	7,1	542	3,3
Tagschicht	1 606	4,4	998	4,8	608	3,8
Sonstige Schicht	388	1,1	257	1,2	130	0,8
darunter mit gelegentlicher ²⁾						
Samstagsarbeit	7 492	20,3	5 099	24,7	2 392	14,8
Sonn- und/oder Feiertagsarbeit	4 539	12,3	3 015	14,6	1 524	9,4
Nachtarbeit	2 234	6,1	1 651	8,0	583	3,6
Abendarbeit	5 902	16,0	3 981	19,3	1 921	11,9
Schichtarbeit	413	1,1	270	1,3	142	0,9

1) Ständige/regelmäßige bzw. gelegentliche Wochenend-, Schicht-, Abend- und/oder Nachtarbeit. – 2) Mehrfachangaben waren möglich.

Gut 57% der erwerbstätigen Männer, hingegen nur 47% der erwerbstätigen Frauen arbeiteten in den Monaten Februar bis April 2001 – zumindest gelegentlich – unter Arbeitszeitbedingungen, die nicht mehr dem in früheren Jahren vorherrschenden Normalarbeitszeitstandard (tagsüber von montags bis freitags) entsprechen. Weitere geschlechtsspezifische Einblicke liefert die differenzierte Betrachtung der einzelnen flexiblen Arbeitszeitformen.

Der Samstag nimmt mehr und mehr die Züge eines gewöhnlichen Arbeitstages an. In den Monaten Februar bis April 2001 arbeitete beinahe jede(r) vierte Erwerbstätige (8,5 Mill.) ständig oder in regelmäßigen Abständen an Samstagen. Etwa jede(r) fünfte Erwerbstätige (7,5 Mill.) übte seine bzw. ihre Arbeit gelegentlich samstags aus. Dabei ist ständige oder regelmäßige Samstagsarbeit unter den erwerbstätigen Frauen (gut 24%) etwas stärker verbreitet als unter den erwerbstätigen Männern (knapp 22%). Hierin kommt zum Ausdruck, dass die Arbeit am Samstag stark branchenabhängig ist und gerade in den von Frauen dominierten Wirtschaftszweigen (z. B. Hotel- und Gastgewerbe, Einzelhandel) eine große Rolle spielt. Demgegenüber fiel der Anteil der erwerbstätigen Männer mit gelegentlicher Samstagsarbeit fast doppelt so hoch aus wie bei den Frauen. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass der Samstag im Verarbeitenden Gewerbe, das einen überproportionalen Männeranteil aufweist, häufig zur Ableistung von Überstunden herangezogen wird.

Von geringerer Bedeutung ist die Sonn- und/oder Feiertagsarbeit, die von lediglich 4,3 Mill. Erwerbstätigen ständig oder regelmäßig im Zeitraum Februar bis April 2001 geleistet wurde, das waren knapp 12% aller Erwerbstätigen. 4,5 Mill. Erwerbstätige gaben an, den Arbeitsplatz gelegentlich an Sonn- und/oder Feiertagen aufzusuchen. Nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede zeigten sich nur

hinsichtlich der gelegentlichen Sonn- und/oder Feiertagsarbeit, die anteilmäßig wesentlich häufiger von Männern (15%) als von Frauen (9%) ausgeübt wurde.

Schicht-, Abend- und Nachtarbeit ist vor allem in der industriellen Fertigung weit verbreitet. Demzufolge sind die Männer von diesen Arbeitszeitformen stärker betroffen als die Frauen. Im Zeitraum Februar bis April 2001 leisteten insgesamt rund 12% der Erwerbstätigen (4,5 Mill.) ständig bzw. regelmäßig Schichtarbeit. Knapp 8% der Erwerbstätigen (2,8 Mill.) mussten ihre Arbeit ständig oder regelmäßig in der Nacht (zwischen 23 und 6 Uhr) verrichten. Gelegentliche Nachtarbeit nannten immerhin gut 6% der Erwerbstätigen (2,2 Mill.); gelegentliche Schichtarbeit spielte hingegen mit einem Anteil von rund 1% der Erwerbstätigen nur eine untergeordnete Rolle. Von großer Bedeutung ist die Abendarbeit (zwischen 18 und 23 Uhr), die in ständiger bzw. regelmäßiger Form von jedem(r) fünften Erwerbstätigen und gelegentlich von gut jedem(r) sechsten Erwerbstätigen im Zeitraum Februar bis April 2001 geleistet wurde.

Bei der Schichtarbeit dominieren Früh- und Spätschichten: Etwa jede(r) zehnte Erwerbstätige gab an, ständig oder regelmäßig in Frühschichten (4,0 Mill. Erwerbstätige) bzw. Spätschichten (3,8 Mill. Erwerbstätige) gearbeitet zu haben. Von erheblich geringerer Bedeutung war die Nachtschicht, die von gut 5% der Erwerbstätigen genannt wurde.

Erwerbslose geringer qualifiziert als Erwerbstätige

Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten der Erwerbslosigkeit gehören zu den in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft besonders kontrovers diskutierten Problemen.

Weitgehende Übereinstimmung besteht darin, dass die mangelnde berufliche Qualifikation einen wichtigen individuellen Risikofaktor für Erwerbslosigkeit darstellt. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten im April 2001 in Deutschland mehr als ein Viertel aller Erwerbslosen (rund 26%), die Angaben zur beruflichen Qualifikation machten, keinen beruflichen Abschluss (siehe Schaubild 3). Die Mehrheit der Erwerbslosen (etwa 60%) hatte eine Lehre bzw. ein Praktikum oder eine Anlernausbildung vorzuweisen; einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss gaben lediglich rund 7% der erwerbslosen Personen an.

Deutliche Unterschiede hinsichtlich des beruflichen Bildungsstandes der Erwerbslosen bestehen zwischen West und Ost (siehe Tabelle 6): Während im früheren Bundesgebiet gut ein Drittel (35,5%) der Erwerbslosen mit Angaben zur beruflichen Bildung keinen Abschluss besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur rund 12%. Daraus lässt sich ableiten, dass im Osten ein beruflicher Abschluss weniger Schutz vor Erwerbslosigkeit bietet als im früheren Bundesgebiet. Auffallend ist im Osten der hohe Anteil der Erwerbslosen mit Lehrausbildung bzw. Praktikum oder Anlernausbildung (73%); im Westen gab lediglich etwa die Hälfte der erwerbslosen Personen (50,3%) diese berufliche Bildung an.

Ein Vergleich mit dem Qualifikationsprofil der Erwerbstätigen gibt Hinweise darauf, in welchem Maße die Erwerbslosen am Arbeitsmarkt benachteiligt sind (siehe Schaubild 3). Unter den Erwerbstätigen gaben lediglich 17% an, keinen beruflichen Abschluss zu haben; das sind rund neun Prozentpunkte weniger als bei den Erwerbslosen. Fachhochschul- bzw. Hochschulabschlüsse sind bei den Erwerbstätigen

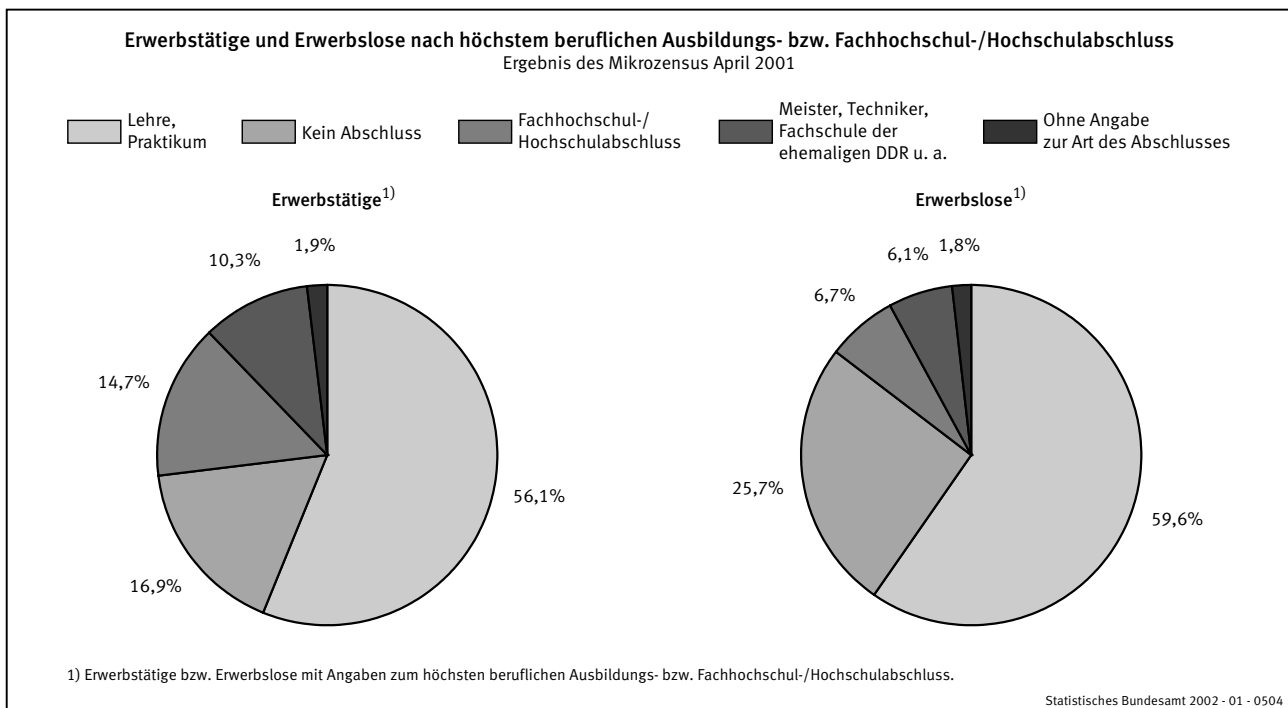
Tabelle 6: Erwerbslose nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss
Ergebnis des Mikrozensus 2001

Höchster beruflicher Ausbildungs- bzw. Fachhochschul- oder Hochschulabschluss	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	2 241	X	1 493	X
darunter:				
Mit Angabe zum berufsbildenden bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss	2 065	100	1 451	100
darunter:				
Kein Abschluss	734	35,5	169	11,6
Lehre, Praktikum ¹⁾	1 039	50,3	1 058	72,9
Meister, Techniker, Fachschule der ehemaligen DDR ²⁾	92	4,5	124	8,6
Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion	151	7,3	85	5,9
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	50	2,4	15	1,0

1) Einschl. gleichwertiger Berufsfachschulabschluss, Berufsvorbereitungsjahr und Anlernausbildung. – 2) Einschl. Abschluss einer 2- bis 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- bzw. Berufsakademie und Verwaltungsfachhochschule.

gen wesentlich stärker verbreitet als bei den Erwerbslosen: Mit rund 15% war die Akademikerquote³⁾ der Erwerbstätigen im Frühjahr 2001 mehr als doppelt so hoch wie die der Erwerbslosen. Auch Abschlüsse von Meistern, Technikern u. Ä. sind bei den Erwerbstätigen (10%) relativ häufiger vertreten als bei den Erwerbslosen (6%). In der Gesamtbetrachtung ergibt sich damit für die Erwerbslosen im Vergleich zu den Erwerbstätigen eine wesentlich ungünstigere berufliche Qualifikationsstruktur.

Schaubild 3



5) Ohne Personen mit dem Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule.

Renten und Pensionen gewinnen für den Lebensunterhalt an Bedeutung

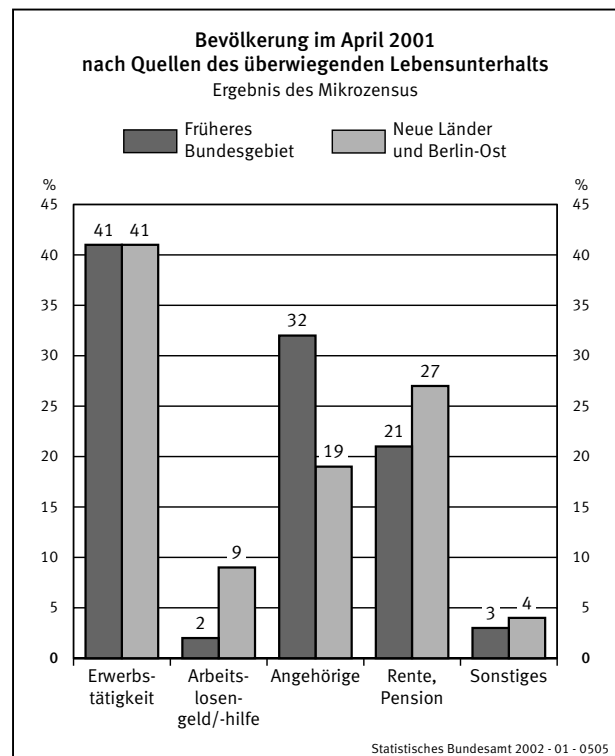
Durch die im Mikrozensus jährlich gestellte Frage nach dem überwiegenden Lebensunterhalt ist es möglich, zwischen Erwerbsbeteiligung einerseits und den wichtigsten Unterhaltsquellen (Unterhaltskonzept) andererseits zu unterscheiden. Dem überwiegenden Lebensunterhalt kommt eine besondere Bedeutung zu, weil ein Teil der Bevölkerung über mehrere Einkommensquellen verfügt und das Einkommen aus Erwerbstätigkeit nicht unbedingt die vorherrschende Quelle des Lebensunterhalts sein muss. In Tabelle 7 sind die Ergebnisse nach dem Erwerbskonzept und dem Unterhaltskonzept kombiniert dargestellt.

Im April 2001 gaben rund 41% der Menschen in Deutschland das Erwerbseinkommen als wichtigste Unterhaltsquelle an; fast 33% der Frauen und gut 49% der Männer bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dieser Einkommensquelle. 1991 betrug der Anteil der vornehmlich vom Erwerbseinkommen lebenden Personen in Deutschland noch nahezu 45%. Ein Grund für die rückläufige Bedeutung der Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle ist u. a. die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der steigende Bevölkerungsanteil der von Renten oder Pensionen lebenden Personen.

3,5% der Bevölkerung Deutschlands lebten im April 2001 vorwiegend vom Arbeitslosengeld oder von der Arbeitslosenhilfe (1991: rund 2%). Der Anteil derjenigen, die Arbeitslosengeld oder -hilfe als hauptsächliche Unterhaltsquelle nannten, lag in den – von Erwerbslosigkeit besonders stark betroffenen – neuen Ländern und Berlin-Ost (rund 9%) wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet (rund 2%, siehe Schaubild 4).

Die demografische Alterung der Bevölkerung hat zur Folge, dass im April 2001 bereits rund 23% aller Bundesbürger

Schaubild 4



Einkünfte aus Renten und/oder Pensionen als wichtigste Unterhaltsquelle ihres Lebensunterhalts nannten (1991: 19%). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebten rund 27% der Menschen überwiegend von dieser Einkommensquelle; im früheren Bundesgebiet waren es lediglich 21%. Die unterschiedliche Bedeutung der Renten und Pensionen als Unterhaltsquelle in den beiden Teilgebieten Deutschlands dürfte auf die voneinander abweichenden Bevölkerungs-

Tabelle 7: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt
Ergebnisse des Mikrozensus

Personengruppe	Insgesamt		Überwiegender Lebensunterhalt durch									
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld/-hilfe		Angehörige		Renten und Pensionen		Sonstiges ¹⁾	
	April 2001	April 1991	April 2001	April 1991	April 2001	April 1991	April 2001	April 1991	April 2001	April 1991	April 2001	April 1991
	1 000		%									
Bevölkerung insgesamt	82 277	79 829	40,9	44,5	3,5	2,2	29,6	31,4	22,5	18,7	3,5	3,2
Männlich	40 162	38 548	49,3	55,5	4,1	2,3	22,5	23,7	20,8	15,4	3,3	3,1
Weiblich	42 116	41 281	32,9	34,3	2,8	2,0	36,5	38,6	24,1	21,7	3,7	3,3
dar.: verheiratet	19 903	19 817	40,3	42,8	3,3	2,7	34,6	38,6	19,4	13,6	2,4	2,3
Erwerbstätige zusammen ...	36 816	37 445	91,4	94,9	0,4	0,1	5,8	3,7	1,4	0,8	1,0	0,6
Männer	20 629	21 875	95,9	97,7	0,3	0,0	1,7	1,2	1,3	0,6	0,7	0,4
Frauen	16 187	15 570	85,6	90,8	0,5	0,1	10,9	7,1	1,5	0,9	1,4	1,1
dar.: verheiratet	9 652	9 498	83,1	89,3	0,5	0,1	14,8	9,3	0,8	0,4	0,8	0,9
Erwerblose zusammen	3 734	2 642	X	X	72,0	64,2	15,9	21,8	1,2	2,0	10,9	11,9
Männer	2 054	1 250	X	X	77,8	69,2	10,4	14,6	0,9	2,1	11,0	14,0
Frauen	1 680	1 392	X	X	64,9	59,7	22,6	28,3	1,7	1,9	10,8	10,0
dar.: verheiratet	951	893	X	X	63,5	59,5	29,2	34,0	/	0,9	6,9	5,6
Nichterwerbspersonen												
zusammen	41 728	39 742	X	X	X	X	52,0	58,2	43,0	36,7	5,1	5,1
Männer	17 478	15 423	X	X	X	X	48,4	56,4	46,0	37,5	5,5	6,2
Frauen	24 250	24 319	X	X	X	X	54,5	59,4	40,8	36,2	4,7	4,4
dar.: verheiratet	9 300	9 426	X	X	X	X	55,8	68,5	40,7	28,1	3,5	3,4

1) Eigenes Vermögen, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützung; 2001 zusätzlich Leistungen aus einer Pflegeversicherung.

anteile und Erwerbsquoten der älteren Menschen in Ost und West zurückzuführen sein (siehe auch die Kapitel „Alternde Gesellschaft“ und „Nach wie vor Unterschiede im Erwerbsverhalten der Frauen in Ost und West“).

Leistungen durch Angehörige stellten im Westen für knapp 32% der Bevölkerung die überwiegende Unterhaltsquelle dar; im Osten lag dieser Anteil nur bei rund 19%. Im Bundesdurchschnitt lebten im April 2001 30% der Bevölkerung hauptsächlich vom Unterhalt durch Angehörige. Auffallend sind die deutlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Mit einem Anteil von fast 37% ist die Abhängigkeit der weiblichen Bevölkerung von Leistungen durch Angehörige wesentlich größer als bei den männlichen Personen, von denen nur gut jeder Fünfte in erster Linie auf diese Unterhaltsquelle angewiesen war. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: N. N.
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt